

Würden Firmen die Stadt künftig meiden?

Ungelöste Fragen bei Steuererhöhung statt Straßenausbaubeiträgen

Außer der FDP hat sich auch der Vorstand der Barsinghäuser Siedlergemeinschaft in der Diskussion um eine drastische Erhöhung der Grundsteuern zu Wort gemeldet. In einem Schreiben an die Ratsfraktionen zählt Vorsitzender Rondo Beckmann eine Reihe ungelöster Fragen auf, die geklärt werden müssten.

VON ANDREAS KANNEGIESSER

BARSINGHAUSEN. Um die bisherigen Straßenausbaubeiträge von Anliegern zu kompensieren,

müsste der Hebesatz der Grundsteuer B nach Berechnungen der Verwaltung sofort von derzeit 560 Prozent auf 710 Prozent angehoben werden. Danach wären 25 Jahre lang jährliche weitere Erhöhungen um fünf Prozentpunkte nötig – bis der endgültige Hebesatz von 830 Punkten erreicht ist.

Beckmann gibt zu bedenken, dass es angesichts dieser Rahmenbedingungen schwer werden dürfte, Neubürger für eine Ansiedlung in Barsinghausen zu gewinnen. Auch die Loyalität der großen Ge-

werbetriebe sei ungewiss, die ja ebenfalls von der steigenden Steuer betroffen wären. Eine aus Beckmanns Sicht ungelöste Frage sind auch die Vermarktungsaussichten für neue Gewerbegebiete wie etwa das Logistikgebiet nördlich von Groß Munzel. Angesichts der unklaren Folgen einer sprunghaften Grundsteuererhöhung appelliert der Siedlervorsitzende an die Politik, „ihrer Gesamtverantwortung gerecht zu werden“. Mit der Bürgerbefragung überließen die Politiker das Feld den anderen. „Dabei

BÜRGERBEFRAGUNG

Verwaltung informiert fünfmal

Die Barsinghäuser Stadtverwaltung richtet fünf Informationsveranstaltungen anlässlich der Bürgerbefragung über die Zukunft der Straßenbaufinanzierung aus:

■ Dienstag, 24. Februar, 18 Uhr, Landgasthaus Schisanowski, Hohenbostel.

■ Mittwoch, 25. Februar, 18 Uhr, Gaststätte Volker, Großgoltern.

■ Donnerstag, 26. Februar, 18 Uhr, Landhof Hülsemann, Groß Munzel.

■ Dienstag, 3. März, 18 Uhr, Gasthaus Reinecke, Egestorf.

■ Donnerstag, 5. März, 18 Uhr, Goetheschule, Barsinghausen. ka

sind sie auch gewählt worden, um unangenehme Entscheidungen zu treffen.“

Die Stadtverwaltung hat unterdessen auf ihrer Homepage schon den Text des Informationsbriefes veröffentlicht, der mit den Wahlunterlagen zur Bürgerbefragung an alle Wahlberechtigten der Stadt verschickt werden soll. FDP-Fraktionsvorsitzender Bernhard Klock-

ow hält die Erläuterungen der Verwaltung zur Straßenbaufinanzierung über eine erhöhte Grundsteuer für viel zu dürftig und schlägt Ergänzungen vor. Im Text der Verwaltung werde lediglich darauf hingewiesen, dass die Bürger persönliche Auswirkungen „anhand des letzten Abgabenbescheides oder der Nebenkostenabrechnung errechnen“ könnten.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken